

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers und Thomas Stukenberg

Opposition gegen GATT

In einer feierlichen Zeremonie ratifizierten 111 von 125 GATT-Mitgliedsländer am 15. April in Marrakesh den in mehr als sieben Jahren mühsam ausgehandelten fast 20.000 Seiten umfassenden GATT-Vertrag, der am 1. Januar 1995 in Kraft treten soll. Auch Indien tritt damit wesentliche Souveränitätsrechte an GATT ab, doch in der Regierung wird dieser Tatbestand heruntergespielt. Das wichtige Zusatzabkommen über die zukünftige Welthandelsorganisation (WTO) ist von 21 Mitgliedsländern, darunter Indien, die USA und Japan, noch nicht unterzeichnet worden. In den 50-er und 60-er Jahren war es noch "Uncle Sam", der die indische Landwirtschaft maßgeblich prägte: Die US-amerikanischen Ford- und Rockefeller-Foundations und andere entwickelten mit der Grünen Revolution ein gut aufeinander abgestimmtes Programm aus hochgezüchteten Getreidesorten, vor allem Weizen und Reis (High Yield Varieties, HYV), Düngemitteln, Pestiziden und Bewässerungssystemen. Der Großteil der indischen Bauern ist durch den gestiegenen Kapitalbedarf der neuen Agrartechnologien in zunehmende Abhängigkeit von Banken und Geldverleihern geraten.

Mittlerweile ist "Uncle Dunkel" (Arthur Dunkel war Generalsekretär von GATT, sein Nachfolger ist Peter Sutherland) in der indischen Opposition gegen GATT zum Synonym geworden für Neo-Imperialismus, verschärfte Ausbeutung und Enteignung indischer Bauern durch multinationale Konzerne und "Ausverkauf indischer Interessen", damit aber auch für den Widerstand gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Rao.

Orissa hat vor dem Obersten Gerichtshof in Delhi gegen die Unterzeichnung der GATT-Verträge geklagt. Der Unionsstaat hatte vor Gericht den Standpunkt vertreten, für eine solche Unterzeichnung sei die Zustimmung der einzelnen Bundesstaaten der Indischen Union notwendig. Der für Orissa klageführende Rechtsanwalt sieht in der Unterzeichnung eine Verletzung und Einschränkung verfassungsmäßiger

Rechte der Bundesstaaten. In Paragraph 246 der indischen Verfassung wird die Aufgabenteilung für einzelne Politik- und Wirtschaftsbereiche zwischen der Zentralregierung in Delhi und den Bundesstaaten spezifiziert (Distribution of Legislative Powers). In umfangreichen 'State' bzw. 'Union Lists' werden dazu im siebten Anhang der Verfassung Bereiche wie 'Landwirtschaft', 'Gesundheitsversorgung', und 'innerstaatlicher Handel' als Aufgabengebiete der Bundesstaaten festgeschrieben. Die Bundesstaaten Tamil Nadu, Westbengalen, Orissa und Rajasthan hatten zuvor in Briefen an Premierminister Rao auf die Auswirkungen von GATT und den darin enthaltenen Bestimmungen über 'Trade Related Intellectual Property Rights' (TRIPS) auf diese Bereiche hingewiesen, darauf jedoch keine befriedigende Antwort des Premierministers erhalten.

Doch auch nach der Vertragsunterzeichnung sieht sich die Regierung mit zunehmendem Widerstand gegen ihre GATT-Politik konfrontiert. Eine Reihe indischer Gesetze müssen infolge der Vertragsunterzeichnung geändert werden, doch gerade diese Änderungen sind aufgrund der Kräfteverhältnisse in der Rajya Sabha - vergleichbar dem deutschen Bundesrat - durchaus fraglich.

Die Bewegung gegen GATT hat jetzt ein neues Stadium erreicht. Was nie zuvor denkbar war, "Uncle Dunkel" hat es geschafft: Die wichtigsten Oppositionsparteien, von der BJP und ihren Verbündeten ganz rechts bis zu Bürgerrechtsbewegungen, 'Janata Dal' und den Marxisten-Leninisten, ziehen gegen GATT an einem Strang, eine Zusammenarbeit von Anti-Imperialisten und Ultra-Nationalisten erscheint möglich. Die Rechte hat den Kampf gegen GATT bereits zum Hauptthema bestimmt, denn "die Anti-Dunkel-Bewegung wird den emotionalen Nationalismus, der Fundament unserer Politik ist, wieder in den Vordergrund rücken", kalkuliert BJP-Generalsekretär K.N. Govindacharya, Initiator der BJP-Swadeshi-Kampagne (siehe dazu auch 'Südasiens', 3/93 und 3/94). Während die 'Congress'-Partei der

Zentralregierung (und damit sich selbst) zur Unterzeichnung des Abkommens gratulierte, beschrieb die oppositionelle BJP den 15. April als "schwarzen Tag in der Geschichte Indiens."

Am anderen Ende des Parteienspektrums sammeln sich verschiedene kommunistische Parteien und die 'National Front' unter Führung der 'Janata Dal' im Widerstand gegen GATT. Die Ex-Premiers V.P. Singh und Chandra Shekhar treffen sich mit dem Großgrundbesitzer und ehemaligen Agrarminister Devi Lal, und auch die rechtsradikale RSS bekundet ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Linken, die darauf aber bisher nicht eingegangen ist.

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt und die ehemalige US-Handelsbeauftragte Carla Hills hatten in New Delhi kurz vor der Vertragsunterzeichnung für GATT geworben und unterstrichen, daß Menschen- und Arbeitsrechte, an denen noch kurz vorher die Unterzeichnung zu scheitern drohte, nicht in das Vertragswerk eingehen würden. GATT-Generaldirektor Peter Sutherland prognostiziert dagegen, daß die Handelskonflikte nach der Vertragsunterzeichnung nicht etwa beendet sind, sondern erst richtig aufbrechen.

Privatisierung der Eisenbahn

Pläne zur Privatisierung der indischen Eisenbahn werden offenbar immer konkreter. Es wird damit gerechnet, daß die ersten Privatisierungsmaßnahmen im kommenden Jahr eingeleitet werden. Die Eisenbahnen haben den Auftrag erhalten, versuchsweise einen Fernreisezug so weit wie möglich zu privatisieren. Gedacht wird dabei vor allem an die Privatisierung der Serviceleistungen für Reisende oder an den Verkauf und die Kontrolle von Fahrkarten. Wie aus dem Eisenbahnministerium verlautet, gelten solche Überlegungen als 'informelle Empfehlungen', die jedoch ernsthaft geprüft würden. Die Eisenbahnen sind außerdem dazu aufgefordert worden, dreißig wichtige Touristen- und Pilger Routen zu identifizieren, auf denen es privaten Transportunter-

nehmen gestattet werden könnte, Sonderreisezüge einzusetzen. Diese Unternehmen müßten dafür einen zuvor fest vereinbarten Betrag an die Eisenbahnen zahlen. Der Ausarbeitung der Modalitäten für die Realisierung solcher Pläne werde höchste Priorität beigemessen, so die Informationen aus dem Ministerium.

Randalierende Dammbefürworter

Medha Patkar und ein Dutzend andere Mitglieder der 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) konnten nur unter Polizeischutz die Büroräume der NBA verlassen, als Aktivisten der 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) gemeinsam mit Angehörigen der 'Congreß'-Partei gegen den Besuch eines vom Umweltministeriums eingesetzten 'Fact Finding Committees' protestierten. Angeführt von BJP-Mitglied Nalin Bhatt, einem Abgeordneten des Landesparlaments Gujarats und R. Rathod, dem ehemaligen Bürgermeister Vadodaras, drangen die Demonstranten in die Büroräume der NBA ein, zerschlugen das Mobilar, rissen Akten aus den Regalen und zündeten diese an. Nachdem die Polizei Medha Patkar und die anderen NBA-Mitglieder in Sicherheit gebracht hatten, wurden Bhatt und Rathod festgenommen, später jedoch gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Umweltminister Kamal Nath hatte das hochrangig besetzte Komitee auf Druck der NBA eingesetzt, nachdem kurz zuvor die Schleusen des Hauptdamms geschlossen worden waren. Das Team soll untersuchen, ob durch den dadurch verursachten Anstieg des Wassers die vom Umweltministerium gesetzten Bedingungen für den Bau des Damms verletzt würden. Dabei soll unter anderem überprüft werden, ob Flächen, die zur Zeit landwirtschaftlich genutzt werden, die nicht rechtmäßig von der Staudammgesellschaft erworben wurden und für deren Besitzer nicht die vereinbar-

ten Entschädigungen gezahlt wurden, von Überschwemmung bedroht sind.

Der Protest der Dammbefürworter gegen die Entsendung des Teams ist vor allem deswegen so heftig, weil der Gruppe auch bekannte Dammgegner wie die Ökologen Bittoo Sehgal und Shyam Chainani und der Berater im Umweltministerium S. Maudgal angehören.

Konservative Normen fordern Menschenleben

Jahrhunderte altes Kastendenken und patriarchalische Gesellschaftsstrukturen haben Mitte März in Nayagaon, einem Dorf in Haryana, zwei Menschenleben gefordert. Ausgangspunkt der Tragödie war die Affäre der siebzehnjährigen Asha Saini mit Manoj, einem Ahir, dessen Kaste allgemein als niedriger eingestuft wird als die der Sainis. Noch immer ist eine Verbindung wie die zwischen Manoj und Asha in vielen Dörfern Indiens einfach undenkbar. Zur Katastrophe kam es, als Asha sich weigerte, die Affäre mit Manoj zu beenden und darauf bestand, diesen zu heiraten. Als Ashas Familie erkannte, daß diese nicht einlenken würde, war das Schicksal des Paares besiegelt. Mitte März wurde erst Asha von ihren Angehörigen stranguliert, dann griffen fünf ihrer Onkel Manoj an und erschlugen ihn mit einer Axt. Was bei 'aufgeklärten' Städtern oder Europäern Entsetzen hervorruft, wird von der ländlichen Bevölkerung Nordindiens und den Bewohnern Nayagaons als Verzweiflungstat zur Bewahrung traditioneller Werte glorifiziert. Schon beginnen Dorfbewohner die moderne Schulbildung zu verurteilen, die junge Mädchen und Frauen den Respekt vor ihren (männlichen) Verwandten verlieren lasse. Asha hatte gerade die Abschlußprüfungen des 11. Schuljahres bestanden und war damit die erste Frau in ihrer Familie, die so lange zur Schule gegangen war. Ashas Fehler war, so die er-

mittelnde Polizei, daß sie die Autorität ihrer männlichen Familienmitglieder in Frage stellte. Die traditionellen Normen und Wertvorstellungen, die noch immer die Gesellschaftsstruktur in vielen Dörfern Nordindiens bestimmen, lassen nicht zu, daß Frauen 'Nein' sagen, wenn Männer ein 'Ja' erwarten.

Ashas Angehörige verteidigen die Tat. Asha habe mit ihrem Verhalten Schande über die Familie gebracht. Dem Vater des Ermordeten Manoj wird nahegelegt, die Anklage gegen die fünf Tatverdächtigen fallen zu lassen. Während die Täter allmählich zu Helden werden, die nicht ertragen konnten, ihre Nichte in den Armen eines Emporkömmlings aus einer niederen Kaste zu sehen, beginnt die Erinnerung an die Standhaftigkeit Ashas, die sich gegen den Willen der Männer aufgelehnt hatte, allmählich zu verblassen.

BJP entdeckt die Dalits

Nach der sensationellen Wahlniederlage der 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) in ihrer Hochburg Uttar Pradesh, wirbt die Partei nun um Unterstützung und mehr Glaubwürdigkeit bei den unteren Kasten und Dalits. Mit zwei 'Yatras' (Umzügen) in Bihar wurde versucht, den 'Scheduled Castes' und 'Scheduled Tribes' der Region zu verdeutlichen, daß die Politik der Partei die Interessen der Dalits einschließe (zu 'Yatras' siehe auch Südasien, 3/94). Auch diese seien Mitglieder der Hindugesellschaft und müßten sich gegen zumeist moslemische Eindringlinge wehren. "So wie die Babri-Moschee (in Ayodhya) verschwunden ist, werden auch die moslemischen Infiltratoren aus Indien verschwinden", hieß es in den Reden der rechten Politiker.

Nicht länger unberührbar

Unter diesem Motto findet vom 31. August bis 2. September in Bonn eine Tagung zur aktuellen Lage der indischen Dalits statt. Eine

Hindus in Deutschland

Im Mittelpunkt dieser ersten umfassenden Erhebung der Autorin Elisabeth Dessai stehen die durchweg akademisch gebildeten Inder, die seit mehr als fünfzehn Jahren in Europa leben und überwiegend gut situiert sind und die Asylberber aus Afghanistan, für die es kein Zurück gibt sowie die tamilischen Flüchtlinge aus Sri Lanka, die zur wichtigsten Hindugruppe in Deutschland avanciert sind. Die Vielfalt der multikulturellen Hindu Gesellschaft spiegelt sich in den ausgewählten Lebensläufen wider. Die Gespräche mit Hindus wurden durch Statistiken und Auszüge aus Publikationen über Hindus ergänzt. Das Buch kann bezogen werden über: Elisabeth Dessai, Zillestr. 5, 47447 Moers. Der Preis beträgt 29,80 DM (Überweisung auf Sparkasse Moers, 223040950; die Erlöse fließen einer Bildungsinstitution in Indien zu).

Delegation führender Dalits (auch als Unberührbare, Kastenlose, Parias oder Harijans bezeichnet) wird im Herbst Europa besuchen, um auf eines der großen Menschenrechtsthemen hinzuweisen, das bisher von anderen Fragen überdeckt wurde. Das Seminar bietet Gelegenheit zum Gespräch mit dieser Delegation. Die Situation der Dalits im heutigen Indien hat sich seit Erlangung der Unabhängigkeit nicht entscheidend verbessert: noch immer gehören sie zu den Ärmsten der Armen, Übergriffe gegen sie nehmen zu und der Staat ist nicht in der Lage, ihnen die verfassungsmäßigen Rechte zu garantieren. Im Rahmen des Seminars soll über die vielen Facetten der Problematik der Dalits informiert werden. Gemeinsam mit der Dalit-Delegation sollen Strategien erarbeitet werden, wie ihre Bemühungen um die Durchsetzung von Menschenrechten von Deutschland aus unterstützt werden können. Weitere Informationen und Tagungsprogramm: Brot für die Welt, Bernward Causemann, Postfach 101142, D-70010 Stuttgart.

Neue Rolle für IPF

Die 'Indian People's Front' (IPF) hat sich Anfang März als politische Partei aufgelöst. Dies teilte Parteichef Nagbushan Patnaik auf einer Pressekonferenz mit. Dies sei jedoch nicht das Ende der IPF sondern ein neuer Beginn, der das Ziel habe, die IPF in den 'großen Bruder' der indischen Linken zu verwandeln. Die IPF solle in einen Dachverband linker Parteien, Gruppen und Organisationen verwandelt werden, der den "außerparlamentarischen Kampf" fortsetzen sowie die linken und sozialistischen Kräfte des Landes vereinigen soll, um gegen "kommunistische und reaktionäre Elemente" vorzugehen. Die Reform der 1982 gegründeten IPF, der politischen Frontorganisation der 'Kommunistischen Partei Indiens-ML, Befreiung' (CPI-ML Liberation), kam nicht unerwartet, nachdem die 'Liberation' ihre Untergrundaktivitäten im Dezember 1992 eingestellt hatte und offen politisch tätig wurde. Die damals der IPF zugeordnete Rolle war die einer 'Volksbewegung'. Alle Organisationen und Parteien, die sich nun der IPF anschließen wollen, können bei Wahlen weiterhin ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit bewahren. Zu den Gruppierungen, die sich offenbar der IPF anschließen wollen, gehören unter anderem die leni-

nistische 'Lal Nishan'-Partei aus Maharashtra, die 'Dalit Mahasabha' aus Uttar Pradesh, die 'Jharkand Mazdoor Kisan Samiti' und die Gewerkschaft 'Kamgar Agari' des radikalen Gewerkschafters Dutta Samant.

Erneuter Anstieg der Inflationsrate

Erstmalig seit August 1992 hat die Inflationsrate wieder zweistellige Werte erreicht. Ihr Anstieg auf beinahe elf Prozent bis Mitte April bedeutet einen Rückschlag für das Wirtschaftsministerium in Delhi. Dieses hatte in den letzten beiden Jahren immer wieder mit der niedrigen Inflationsrate auf den Erfolg seiner Wirtschaftsreformen hingewiesen. Während man sich im Wirtschaftsministerium optimistisch gibt und davon ausgeht, angesichts der neuen Rekordhöhe bei den Devisenreserven von über 15 Milliarden US-Dollar, das Problem schnell wieder in den Griff zu bekommen, wächst in Regierungskreisen gleichzeitig die Besorgnis, dieser Anstieg der Inflationsrate könne die Opposition mit weiterer Munition gegen die Wirtschaftspolitik Finanzminister Singhs versorgen.

Vorwürfe gegen Polizei im Punjab

Zwei Zeuginnen, die bei den Anhörungen der 'Nationalen Menschenrechtskommission' (NHRC) über die Menschenrechtssituation im Punjab aussagen wollten, wurden kurz vor ihrem Aussagetermin von der Polizei des Punjab 'entführt'. Die NHRC wollte auf der viertägigen Veranstaltung über 400 Beschwerdeführern Gelegenheit geben, ihre Vorwürfe gegen die Polizei im Punjab vorzutragen. Darunter zum Beispiel vier Frauen, denen Anfang des Jahres die Polizei das Wort 'jebkatri' (Taschendieb) auf die Stirn tätowiert hatte.

Der Besuch der Kommission in Chandigarh wurde durch Versuche der Regierung beeinträchtigt, die Anreise von Oppositionsgruppen zu verhindern. Erst nach massiven Protesten der Kommission wurden zum Beispiel die von der Polizei festgehaltenen Frauen wieder freigelassen. Der Leiter der Kommission Mishra kam angesichts der Behinderungstaktik der Regierung zu dem Schluß: "Selbst nach der Rückkehr zur Normalität ist das Verhalten der Polizei noch immer nicht normal."

Unterdessen hat die Washingtoner Menschenrechtsorganisation 'Asia Watch' der indischen Regierung

schwere Menschenrechtsverletzungen im Punjab vorgeworfen.

Prozeß um Bombenanschläge

In Bombay hat der Prozeß gegen 145 Angeklagte begonnen, denen eine Beteiligung an den Bombenanschlägen vorgeworfen wird, die im März letzten Jahres Bombay erschütterten. Die knapp 9.400 Seiten umfassende Anklageschrift beschuldigt 189 Personen, von denen 44 untergetaucht sind, der Tatbeteiligung und benennt über 3.700 Zeugen. Angesichts dieser Zahlen rechnet man nicht damit, daß der Prozeß vor Sommer 1995 in eine entscheidende Phase treten kann, haben doch die meisten der Angeklagten wegen Mangel an Beweisen Anträge auf Einstellung des Verfahrens gestellt, die alle einzeln behandelt werden müssen.

Delhis Hijras klagen vor Gericht

Das Schicksal der Kastratenkaste der Hijras ist in der indischen Öffentlichkeit kein Thema. Die geheimen Rituale bleiben unbekannt, und kaum ein Opfer der rituellen Zwangskastration wagte sich bisher an die Öffentlichkeit. Erst ab dem Frühjahr 1993 haben einige der etwa 15.000 Hijras aus der Hauptstadt Delhi Klage gegen die Täter eingereicht. Unterstützt werden sie dabei von der 'All India Hijra Kalyan Sabha', die sich seit 1984 für die Rechte der Hijras einsetzt. "Bisher hatte sich kaum jemand aktiv gegen diese Praktiken gewehrt", klagt deren Sprecher Khairati Lal Bhola, denn der Schritt in die Öffentlichkeit wird den Hijras durch vielfältige Diskriminierungen erschwert. Die Polizei verweigert oft die Annahme von Anzeigen, denn die Hijras gelten als außerhalb der Gesellschaft und ihrer Gesetze stehend. Kastration ist im indischen Strafgesetzbuch nicht als strafbare Handlung aufgeführt, offizielle Statistiken werden nicht geführt, die Fälle von Zwangskastration öffentlich eher heruntergespielt. Wenn ein örtliches Gericht sich seinem Fall annimmt, ist es für einen Hijra schwer zu beweisen, daß er zur Kastration gezwungen wurde. Die 'Hijra Kalyan Sabha' wirft der organisierten Hijra-Mafia vor, ihre meist 18- bis 25-jährigen Opfer mit Todesdrohungen zum Schweigen zu bringen. Junge Hijras versprechen hohen Profit und werden meistbietend versteigert. Der Ausgang der Gerichtsverfahren ist noch offen.

Asientagung der SPD

Im Superwahljahr veranstaltete die Hamburger SPD am 22. April in der Handelsmetropole eine Tagung zur 'Wirtschaft und Entwicklung in Asien'. Unter hochrangiger Beteiligung aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stellte Oberbürgermeister Voscherau seine Ansichten zur "Eroberung" des Zukunftsmarktes Asien vor. Während der indische Botschafter K.K. Rana sich standhaft bemühte, auch die Bedeutung Indiens für die weltwirtschaftliche Entwicklung und besonders für Deutschland zu betonen, war das Augenmerk der Vorstandsmitglieder von Siemens und anderen multinationalen Unternehmen und Handelshäusern mehr auf Südostasien gerichtet.

In einer Arbeitsgruppe wurden die Perspektiven der 'Südasiatischen Staatengemeinschaft' SAARC eher zurückhaltend bewertet. Auch Botschafter Rana konnte kaum die Konflikte leugnen, die Indien auf unterschiedlichen Ebenen mit seinen Nachbarn austrägt. Es wurde einmal mehr deutlich, daß die Chancen und Erfolge der SAARC zur Zeit mehr auf informeller Ebene liegen als in der formellen Kooperation. Die Möglichkeiten, zur Lösung des Hauptkonfliktes des Kashmir beizutragen, sind für SAARC jedenfalls äußerst begrenzt. Dennoch - darin waren sich die Teilnehmer weitgehend einig - liegt gerade in engerer ökonomischer Zusammenarbeit der südasiatischen Staaten ihre einzige Entwicklungschance. Die Friedrich Ebert Stiftung unterstützte beispielsweise die Arbeit der SAARC u.a. durch einen Kongreß Mitte Mai in Kathmandu.

Botschafter Rana wurde nicht müde, die Erfolge der Wirtschaftsreformen in Indien und auch in Pakistan zu betonen. Die geringe Bedeutung, die der Region Südasiens aber in der deutschen Politik beigemessen wird, zeigt sich besonders nachteilig an den unzureichenden Mitteln, die im universitären und außeruniversitären Bereich für For-

schung zu Südasiens bereitgestellt werden. Es ist zu hoffen, daß die baldige Errichtung des Asienhauses in Essen, an dem u.a. das Südasiensbüro beteiligt ist, dem entgegenwirken kann.

Australien für Wirtschaftsgemeinschaft

Bei seinem von Themen der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit geprägten Besuch in New Delhi hat der australische Außenminister Gareth Evans die Bildung einer 'Indian Ocean Community' angeregt. Mit dem Wandel in Südafrika würden sich für die großen Staaten des Indischen Ozeans, Indien, Südafrika und Australien, neue Perspektiven der Zusammenarbeit ergeben. Evans sieht in Indien eine treibende Kraft in der Region des Indischen Ozeans und nicht lediglich als einen Teil des südasiatischen Subkontinents; Pakistan und der Kashmir-Konflikt sollen offenbar aus den Beziehungen herausgehalten werden. Dennoch ist eine 'Indian Ocean Cooperation' angesichts des unterschiedlichen Standes der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration sowie offener Fragen wie der Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht kurzfristig zu verwirklichen.

Islamisches Scheidungsrecht

Die jüngste Entscheidung des Allahabad High Court, die zentrale Bestimmung des sunnitisch-islamischen Scheidungsrechtes für ungültig zu erklären, hat in Indien eine Kontroverse über die Auslegung der Scharia ausgelöst. Nach sunnitischem Recht ist eine Ehe dann geschieden, wenn der Mann gegenüber seiner Frau dreimal das Wort "talaq" ausspricht. "Die meisten moslemischen Frauen stehen nach solch einer Scheidung mit leeren Händen da", betont Imtiaz Ahmad, Initiator einer islamischen Reformbewegung. Denn während die Mitgiftzahlungen der Familie der Frau an den Mann - im Islam ursprüng-

lich unbekannt - auch in islamischen Ehen stetig zunehmen, sinkt die traditionell-islamische Hochzeitsgabe des Mannes an die Frau tendenziell. Doch auch das "talaq"-Scheidungsrecht selbst ist nicht durch den Koran gedeckt, und der Religionsgründer Mohammed selbst hat dessen Anwendung ausdrücklich gerügt.

Befürworter des "talaq"-Rechts wie der Richter Zafaryab Jilani, der als Leiter des 'Babri Majid Action Committee' öffentliche Aufmerksamkeit erlangt hatte, argumentieren, niemand dürfe das islamische Recht kommentieren, der nicht über ausreichende Arabisch-Kenntnisse verfügt, um den Koran lesen zu können. Doch die meisten indischen Verfechter konservativen islamischen Rechtes sind selber kaum des Arabischen kundig.

Während sich die meisten indischen Moslemführer nach dem neuen Gerichtsurteil aber merklich zurückhalten, wenden sich einige Kritiker gegen ein u.a. von der BJP gefordertes allgemeines ziviles Scheidungs- (und Privat-)recht, das ihrer Ansicht nach in Indien nur ein hinduistisches Zivilrecht wäre. Kritiker weisen darauf hin, daß es sowohl in der islamischen wie in der Hindu-Gemeinde eine Reihe von Gruppen gibt, für die jeweils unterschiedliches Zivilrecht gilt. So sind die Schiiten - unter den indischen Moslems die Minderheit - nicht an das "talaq"-Scheidungsrecht gebunden, für Hindus in Goa ist nach wie vor Polygamie erlaubt, und im südindischen Pondyicherry gilt weiterhin Zivilrecht nach französischem Vorbild. Ein für ganz Indien gültiges allgemeines Zivilrecht scheint also zur Zeit kaum durchsetzbar. Vor jeder Zivilrechtsreform müßten soziale Reformen durchgeführt werden, fordern Kritiker. Nur eine relativ kleine Gruppe von Moslemführern wie Maulana Kalbe Sadiq oder Ex-'Muslim League'-Präsident Sulaiman Sait wollen anscheinend die Kontroverse "auf die Straße" bringen und sie zu Propagandazwecken mißbrauchen.

Welche Bedeutung hat Mahatma Gandhis Botschaft für mich?

Anläßlich des 125. Geburtstages von M.K. Gandhi (2. Oktober), sowie des 75. Geburtstages des Internationalen Versöhnungsbundes veranstaltet dieser in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der indischen Botschaft (Bonn) unter obigem Titel einen Aufsatzwettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 bis 13. Der Abgabeschluß ist der 30. Juni 1994. Als Hauptpreise winken u.a. eine Flugreise nach Indien. Weitere Informationen: Benjamin Pütter, Burgstr. 97, 53177 Bonn, 0228-354849/0228-1688631 oder Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, z.Hd. Frau Götz, Werderstr. 124, 19055 Schwerin.